

Aus der Stadtratssitzung vom 25. November 2009

Seite -2-

Aufforderung an Alle!

Seite -3-

Rede von Petra Sitte zum Koalitionsvertrag

Seite -4-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

21. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

01.12.2009

Kampf um gesetzlichen Mindestlohn geht weiter



Am 19. November 2009 hat sich in Magdeburg das Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt erstmals nach der Bundestagswahl getroffen.

Dazu informiert die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Edeltraud Rogée:

„Das Bündnis, bestehend aus Gewerkschaften, dem DGB, Sozialverbänden und Parteien, ist sich einig: Der Kampf um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes geht weiter.

Dabei artikulieren die verschiedenen Mitglieder des Bündnisses

durchaus differierende Forderungen in der Sache, aber es geht nicht darum, sich gegenseitig unter Druck zu setzen, es geht vielmehr um die Vereinbarung konkreter Projekte für das Jahr 2010.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen stellt für die Arbeit des Bündnisses eine gewisse Zäsur dar, die Fronten sind jetzt klarer abgesteckt, als in den vergangenen Jahren. Es bleibt zu hoffen, dass sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf ihre Ankündigungen vor der Bundestagswahl besinnen und sich aktiv in das Bündnis einbringen. Auch sie haben die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gefordert und dürfen jetzt nicht bei Lippenbekenntnissen stehen bleiben.

Die Mitglieder des Bündnisses sind sich bewusst, dass der Kampf um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes schwieriger geworden ist, es wird darauf ankommen, im Jahr 2010 in den Regionen wieder stärker an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Situation bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat

sich bezüglich der Einkommen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Ein existenzsicherndes Leben ist für viele nicht möglich, es sind viel zu viele Kinder betroffen.

Für DIE LINKE bleibt es dabei, dass die Binnenkonjunktur ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist. Spätestens in der Wirtschaftskrise, die auch eine Krise des Exports ist, sollte klar sein, dass man allein vom Warenexport nicht leben kann. Es bleibt dabei - die Zeit ist reif für einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem die Menschen in Würde leben können.

In diesem Sinne wird sich DIE LINKE auch weiterhin in das Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt einbringen.“

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Aus der Stadtratssitzung vom 25.11.2009

Bodo Meerheim bleibt im Aufsichtsrat der HWG - das ist wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis der Stadtratssitzung! Diese politische Entscheidung ist gegen das Votum der Oberbürgermeisterin gelaufen!

Zum Hintergrund: Bodo Meerheim hatte schon in der letzten Wahlperiode im Aufsichtsrat der HWG und in der GWG (hier auch als Aufsichtsratsvorsitzender) für unsere Fraktion ein Mandat. So weit, so gut. Auch in dieser Wahlperiode hatte die Fraktion beschlossen, Bodo Meerheim in beide Aufsichtsräte zu entsenden. Auch das so weit gut. In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates der HWG wurde Bodo Meerheim als Aufsichtsratsvorsitzender vorgeschlagen. Und da begann das Problem! Es wurden Bedenken geäußert, dass Bodo nicht in zwei Aufsichtsräten, die konkurrierende Unternehmen darstellen, wirken könne. Beide Unternehmen, GWG und HWG, sind zu 100 % Gesellschaften der Stadt Halle! Die Stadt Halle ließ drei Gutachten erstellen, die - nach Auffassung der Stadt - diese Interessenkonflikte des Doppelmandats herausfanden. Die gestrige sehr kontroverse Diskussion im Stadtrat hat gezeigt, dass die Gutachten nicht überzeugten. Hendrik Lange und Swen Knöchel argumentierten in dieser Sache. Swen hatte auch den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes wegen Unzulässigkeit eingefordert. Er begründete diesen Fakt vor allem damit, dass die Verwaltung Stadtrat Meerheim auffordern hätte müssen, eines der beiden Mandate niederzulegen und

auch die Fraktion auffordern müssen, eine der beiden Entsendungsvorschläge zurückzunehmen. Er forderte die Oberbürgermeisterin auf, das „Problem“ rechtskonform und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu lösen. Er begründete weiter, dass der Antrag auf falschen Annahmen beruht. Dabei setzte er sich zielgenau mit den Aussagen der drei Gutachten auseinander! Letztlich setzte sich der Antrag aber nicht durch, das Thema blieb auf der Tagesordnung. Auch der Antrag der CDU-Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt in den nicht öffentlichen Teil zu schieben, fand keine Mehrheit. Die FDP-Fraktion hatte übrigens den Saal bei der Abstimmung verlassen, weil sie sich nicht an dem undemokratischen Procedere beteiligen wollten.

In der Diskussion erfolgte, so sahen wir es, ein „Schlagabtausch“. Die Vertreter der SPD und CDU, die für die jeweiligen Fraktionen sprachen und in diesem Falle auch Mitglieder des Aufsichtsrates der HWG sind, versuchten auf unterschiedliche Art und Weise darzustellen, dass Bodo Meerheim bereits in der Vergangenheit Interessenkonflikte gehabt hätte. Von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger wurde hervorgehoben, dass die drei vorgelegten Gutachten keinesfalls die Rechtsposition der Verwaltung stützten. Es gab zwar die Kritik, dass Bodo Meerheim zwei Chefposten anstrebe und damit eine „Ämterhäufung“ anstrebe, aber für das Verfahren, welches die Oberbürgermeisterin anstrebt, würde man nicht stimmen.

Die Entscheidung war äußerst knapp: 23 Stadträte stimmten für die Abberufung, 24 Stadträte dagegen, bei einer Enthaltung. Frau Szabados hat angekündigt, diesen Beschluss des Stadtrates zu prüfen!

Auf der Tagesordnung waren eine Vielzahl von Wirtschaftsplänen (z.B. Eigenbetrieb für Arbeitsförderung) und Jahresabschlüsse (z.B. Theater, Oper und Orchester GmbH). Alle wurden fast ohne Diskussion bestätigt. Beschlossen wurde eine Änderung der Abfallgebührensatzung. Die Müllentsorgung wird damit wieder teurer. Auch unsere Fraktion hatte sich, nach umfangreicher Diskussion verständigt, zuzustimmen. Die Gebührenkalkulation ließ uns keine Alternative. So ging es uns auch bei der Satzung über die Hebesätze der Stadt Halle (Saale).

Die Grundsteuer B steigt zum Januar des neuen Jahres. Die Stadt plant damit Mehreinnahmen von ca. 500.000 Euro für die Haushaltskonsolidierung.

Zustimmung gab es auch zum Baubeschluss Gerbersaale/Klausbrücke/Mansfelder Straße. Mit diesem Beschluss wurde dem Neubau der Klausbrücke und der Sanierung des Kanals der Gerbersaale zugestimmt. Und auch auf der Salineinsel wird demnächst gebaut! So soll z.B. der denkmalgeschützte Hafenspeicher saniert werden, um attraktive Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Und der Sophienhafen soll ausgebaut werden. Auch ein Seniorenhaus soll dort entstehen. Für Unmut - zumindest in unserer Fraktion - sorgten Mitteilungen von Herr Kogge, Beigeordneter für

Aufforderung an alle

Der Parteivorstand hat an alle Mitglieder der Partei einen Brief geschrieben. Das „Linke Blatt“ hat den vollen Wortlaut gedruckt. Der Brief enthält die Bitte, über „die künftige politische und strukturelle Entwicklung unserer Partei“ nachzudenken und zu diskutieren. Das „Linke Blatt“ ist gerne bereit, Standpunkte zu veröffentlichen.

Das Selbstverständnis über Grundfragen der Zeit, über die Partei und ihre Aufgaben scheint innerhalb der Partei voneinander abzuweichen. Zum Landesparteitag in Magdeburg sprach W. Gallert sogar von „substantiellen Missverständnissen über Wesen und Funktion der Partei“, ohne Ross und Reiter zu nennen (ND 16.11.09).

In dem Brief wird gefragt:

„Was ist das Besondere unserer Partei?“

Die LINKE ist gegenwärtig die FRIEDENSPARTEI in der BRD. Das ist ein Markenzeichen der Partei. Hier unterscheiden wir uns von Anderen. Die LINKE lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ab und fordert den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan. Gerade deshalb wird sie von anderen Parteien als „Im Bund nicht regierungsfähig“ eingeschätzt. Sollen wir nun wegen solcher Einschätzungen unsere Politik ändern? Bei den Friedenskräften gilt die LINKE als zuverlässiger Partner. Geben wir in unserer Aussprache das Signal: Auf uns ist Verlass! Wir fordern:

Atomwaffen raus aus Deutschland!

Die LINKE ist in ihren Aussagen über die von ihr angestrebte Gesellschaft nicht eindeutig und nicht einheitlich. Sie verzichtet damit auf ein Markenzeichen. In den programmatischen Eckpunkten steht das Bekenntnis zum „DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS“. W. Gallert teilt uns in einer bürgerlichen Zeitung (MZ 9.11.09) mit: „Der demokratische Sozialismus ist endgültig gescheitert.“ Das „Forum Demokratischer Sozialismus“ und die „Kommunistische Plattform“ als Arbeitsgemeinschaften in der Partei und zahlreiche weitere Parteimitglieder sind da völlig anderer Meinung. D. Bartsch als Bundesgeschäftsführer der LINKEN formuliert: „Es geht um die anspruchsvolle Frage: Was ist demokratischer Sozialismus?“ (ND 27.10.09)

Die Festlegung auf den „demokratischen Sozialismus“ als Ziel würde zur inneren Festigung der Partei beitragen. Es wäre auch eine Abgrenzung von bürgerlichen Parteien. Erforderlich wäre dann auch zu sagen, wie wir zu einer solchen Gesellschaft kommen können. Damit gäbe es einen Wegweiser für aktuelle Projekte.

Es ist immer wieder erforderlich, über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu debattieren. Der Brief des Parteivorstandes an alle Mitglieder sollte viele anregen, sich zu äussern. Es geht um nichts Geringeres als die „zukünftige politische Entwicklung unserer Partei“. G.Nau

Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung. U. a. wurde deutlich, dass, obwohl der Beschluss des Stadtrates anderes sagt, die Förderschule am Jägerplatz geschlossen werden soll. Mit der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses wird die Schulentwicklungsplanung diskutiert und dieses Thema wird auch dabei sein! Eine Vielzahl von Anfragen und Anregungen folgten.

Für Gelächter sorgte zum Schluss der Sitzung unser Fraktionsvorsitzender, der sich als toilettenpolitischer Sprecher der Fraktion outete. Er kritisierte zum wiederholten Male die Sauberkeit in der Herrentoilette. Frau Szabados versprach, einen technischen Mitarbeiter mit der Kontrolle zu beauftragen!

Ute Haupt, Stadträtin

In eigener Sache

Redaktionsschluss der 22. Ausgabe 2009 ist der 10. Dezember, die Ausgabe erscheint am 15. Dezember 2009.

Redaktionsschluss der 1. Ausgabe 2010 ist der 14. Januar, die Ausgabe erscheint am 19. Januar 2010.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.11.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 10.12.2009

Rede von Petra Sitte zum Koalitionsvertrag und zur Regierungserklärung der Kanzlerin

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dr. Petra Sitte hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde in diesen Tagen in meinem Wahlkreis immer wieder besorgt gefragt: Wie wird es mir ergehen unter Schwarz-Gelb?

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Welche Konsequenzen hat die schwarz-gelbe Regierung für meine persönliche Lebenssituation?

(Zuruf von der SPD: Freiheit!)

Welche Perspektiven werde ich in diesen vier Jahren bekommen - oder eben auch nicht? Vor allem: Was blüht meinen Kindern?

Wissen Sie, ich komme aus Halle (Saale). Halle ist eine ostdeutsche Stadt mit einer der höchsten Armutsquoten in diesem Land: 45 Prozent der Familien in meiner Stadt erhalten Transferleistungen. Halle hat Stadtviertel, in denen jedes zweite Kind Sozialgeld bekommt. Das verfügbare Jahresdurchschnittseinkommen liegt in Halle nur knapp über 14 000 Euro. Es ist also völlig klar, dass in meiner Stadt - in vielen anderen Regionen ist es ähnlich - Ihr Koalitionsvertrag und Ihre Politik nur bestehen können, wenn sie aus der Sicht dieser Menschen ganz konkret spürbare Verbesserungen bewirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen Sie sich mir Ihren Koalitions-

vertrag unter diesem Blickwinkel an, kann ich den Leuten ihre Sorgen nicht nehmen.

Die Ministerin und andere Redner der Koalition wie Herr Meinhardt schwärmen schon davon, dass sie Milliarden in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren wollen. Das hört sich gewaltig an, wohl wahr! Aber dort, wo das Geld am dringendsten benötigt wird, bei genau diesen einkommensschwachen Familien, bei ihren Kindern und Jugendlichen, kommt es nicht an. Insofern, Frau Ministerin, besteht zwischen meiner Einschätzung und der Ihren eine gravierende Differenz.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das zentrale Defizit Ihres Koalitionsvertrages schlägt sich mit dramatischen Folgen auch im Bildungsteil nieder. Auch hier koppeln Sie sehenden Auges mittlerweile etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen von Zukunftsperspektiven ab. Jene, die heute knapp unter der Armutsgrenze oder knapp über der Armutsgrenze leben, erfahren durch diese Politik weiter Ausgrenzung. Seit Jahren ist bekannt, dass in diesem Land die Bildungschancen und damit natürlich auch die Lebensperspektiven extrem von der sozialen Herkunft abhängen.

In kaum einem anderen europäischen Land fällt die Prognose für den Fachkräftemangel so dramatisch aus. Man sollte glauben, dass der Koalition völlig klar ist, wo sie ansetzen muss, nämlich an diesen

Punkten. Dazu müssten Sie, wie wir es mit unserem Nationalen Bildungspakt vorgeschlagen haben, gemeinsam mit den Ländern und mit den Kommunen bei der Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungswesens konsequent gegensteuern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das beginnt bei Kindertagesstätten, wohl wahr, setzt sich aber fort über Schule und Ausbildung und geht bis zur Hochschule und zur Weiterbildung. An der Basis bröckelt das öffentliche Bildungssystem am meisten, in Quantität und Qualität. Es bietet immer weniger Kindern optimale Startbedingungen. Ich habe vorhin erwähnt, aus welcher Stadt ich komme, und weiß genau, unter welchen Bedingungen viele Kinder dort aufwachsen.

Umgekehrt stellen wir fest, dass immer mehr Familien, immer mehr Eltern, die es sich leisten können, mit dem öffentlichen Bildungssystem brechen: Immer mehr Kinder und Jugendliche besuchen Kindertagesstätten und Schulen in freier Trägerschaft oder privater Hand, die überdurchschnittlich hohe Gebühren erheben. Gelöhnt wird auch für private Nachhilfe. Auch private berufsbildende Schulen stehen hoch im Kurs. Tausende, die in diesem Land an öffentlichen Hochschulen studieren, müssen Geld für Studiengebühren aufbringen. Wen wundert es, wenn am Ende private Hochschulen immer mehr bevorzugt werden?

Nun will die Koalition die Ausga-

ben für Bildung und Forschung bis 2015 auf etwa 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anheben. Der Bund will seinen Anteil bis 2013 aufgebracht haben, und zwar mit 3 Milliarden Euro zusätzlich im Jahr. Ich sage Ihnen aber eines: Ihre Rechnung stimmt hinten und vorne nicht; denn im Oktober 2008, also vor gut einem Jahr, wollten Bund und Länder 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes allein für Bildung aufbringen. Damals befand eine Strategiegruppe aus Vertretern von Kanzleramt und Ländern, dass dafür jedes Jahr rund 25 Milliarden Euro ausgegeben werden müssten.

Die Mittel für die nun geplanten Ausgaben müssen dann eben auch von den Ländern aufgebracht werden.

Für Sie selbst heißt es: Die Mittel sind eigentlich gebunden, weil Sie den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation verbindlich im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Mit diesen drei Pakten werden die meisten Gelder aber in den Bereich Forschung und nicht in den Bereich Bildung gesteuert!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt sollen die Länder nachziehen. Na, die Idee ist großartig, kann ich nur sagen. Wir haben jetzt schon Einnahmedefizite durch die Krise. Sie senken die Steuern! Es ist doch völlig logisch, dass sich das in den Landeshaushalten niederschlägt. Das heißt am Ende, dass es so sein wird wie in meinem Land, in dem schon jetzt klar angekündigt wird: Das Geld für die Hochschulen wird gekürzt. - Und wir sind nicht das einzige Land. Die Vorstellung, dass

die Länder das Defizit beheben können, ist also natürlich völlig illusorisch.

An dieser Stelle kommt dann auch noch hinzu, dass die Koalition offensichtlich der Auffassung ist, dass der Rest von der Wirtschaft erbracht wird. Das ist ungefähr so wie beim Ausbildungspakt: Appelle, Appelle, Appelle!

Wann und wo das am Ende wirklich verbindlich geregelt wird, bleibt Ihr ganz kleines schwarz-gelbes Geheimnis. Das ist nämlich nirgendwo im Koalitionsvertrag verankert oder ausgewiesen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit zwei Ideen schlägt die Koalition nach meinem Dafürhalten neue Nägel in den Sarg des öffentlichen Bildungssystems und will sie Verantwortung an private Investoren abgeben.

Statt nun das BAföG elternunabhängig und zuschussbasiert auszubauen, mindestens jedoch an die Lebenshaltungskosten anzupassen und für einen Bezug über das 30. Lebensjahr nach einer ersten Berufsphase zu öffnen, bietet die Koalition Bildungskredite inklusive Schuldenberge für alle an.

Für wenige, nämlich für 10 Prozent der Studierenden - davon war ja schon die Rede -, soll es jedoch ein Stipendienprogramm geben.

Erst habe ich gedacht: Das klingt ja gar nicht schlecht. - Dann habe ich gehört, wen das betrifft. Das soll nur die Besten der Besten betreffen. Großartig!

(Patrick Meinhardt [FDP]: Leistungsorientiert!)

Wenn wir uns in der Praxis umschauen, dann stellen wir fest, dass genau jene kompakt studieren kön-

nen, die eben nicht nebenbei jobben müssen und die nicht aus Familien kommen, die sich das nicht leisten können,

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das, liebe Koalition, sind eben wieder Studierende aus einkommensschwächeren Elternhäusern. Letztlich will die Koalition offensichtlich auch Anreize dafür setzen, dass jeder seine Bildung selbst bezahlt.

Sie nennen das jetzt „privates Bildungssparen“.

Das ist ein richtig schönes Zauberwort. Ich nenne das „Bildungsriestern“. Den Familien wird eine Sockelsumme als Anschubfinanzierung geboten; Frau Ziegler hat das schon erwähnt.

Auch hier stellt sich aus meiner konkreten Erfahrung in meiner Stadt heraus die Frage: Können sich die Elternhäuser das denn überhaupt leisten? Die meisten in meiner Stadt können sich das nämlich gar nicht leisten, und sie rechnen mittlerweile auch gar nicht mehr damit, dass ihre Kinder studieren können. Sie sind ja beispielsweise als Alleinerziehende, als Hartz-IV-Empfängerin, als Aufstockerin faktisch nicht in der Lage, dieses Geld aufzubringen.

Frau Schavan, Sie haben vorhin gesagt, kein Kind solle verloren gehen. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anschaut, dann erkennt man: Das ist ein Titel ohne Handlung.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

91 Prozent der Eltern haben sich im Sommer laut Umfrage für ein einheitliches Bildungssystem aus-

gesprächen. Statt nun eine weitere Bildungsprivatisierung durchzuführen und Ihre schönen föderal-bürokratischen Blüten treiben zu lassen, sollte endlich der Ansatz gepflegt werden, ein integrierendes Bildungssystem aus einem Guss zu erarbeiten und gemeinsam mit den Ländern zu vereinbaren. Dann hätten nämlich endlich auch Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien eine Chance auf gute Abschlüsse.

Meine Damen und Herren, ich habe diese beiden Bereiche herausgegriffen, weil sie ganz konkrete Beispiele dafür sind, wie Sie Kinder und Jugendliche aus ärmeren Schichten abkoppeln und von Lebensperspektiven abschneiden. Das ist tätige Elitenpflege einer christlichliberalen Koalition!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Oh Gott!)

„Wo es um Bildung geht, darf es

nicht Stände geben.“

Das sagte Konfuzius bereits um 500 vor Christus. Übersetzt in die Moderne heißt das: Bildung ist ein Recht für jedermann oder jede Frau. Wie lange soll es eigentlich noch dauern, bis das Bildungssystem in diesem Land vom Kopf auf die Füße gestellt wird, bis Bildungsangebote in der gesamten Breite nicht mehr vom sozialen Hintergrund abhängig sind? Wie viele Bildungsstreiks müssen denn noch stattfinden? Der nächste Streik fängt am 17. November an. Der Koalitionsvertrag bietet jedenfalls keine Antwort auf die Proteste und die Fragen der Studierenden. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter dem Titel „Die Amtszeit Schavans aus der Sicht der Betroffenen“ - ich hätte „Ministerin“ gesagt, aber so stand

es in dem Artikel - schrieb der promovierende Sprachwissenschaftler Friedemann Vogel von der Uni Heidelberg:

„Die Studenten protestieren inzwischen auf der Straße für eine breite, auf die Förderung individueller Urteilsfähigkeit hin orientierte Bildung. Allerdings fehlt in einigen Bundesländern selbst die Möglichkeit, die Erfahrungen der Studierenden durch verfasste Mitbestimmungsrechte einbringen zu können. Es ist höchste Zeit, dass sich die Bildungspolitikern mit der Kritik von Lehrenden und Lernenden sowie den Problemen vor Ort auseinandersetzen, anstatt von hohen Gipfeln und Kongressen zu lamentieren oder sich hinter der Finanzpolitik zu verstecken.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Abfahrt ab Halle 7:45 Uhr, Ernst-Kamieth-Strasse

Luxemburg - Liebknecht - Gedenken



Zum 90. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg war es uns erstmalig gemeinsam mit dem Saalekreis gelungen, einen Bus zu organisieren, um gemeinsam zum Gedenken zu fahren. GenossInnen, welche an der Demonstration nach Friedrichsfelde teilnehmen wollten, konnten am Treffpunkt der Demonstration aussteigen, die anderen GenossInnen konnten dann direkt zur Gedenkstätte der Sozialisten weiterfahren.

Auch 2010 wird wieder ein Bus gemeinsam mit dem Saalekreis organisiert, um an dem ehrenden Gedenken am 10.01.2010 in Berlin teilzunehmen.

Ab Dienstag, dem 17.11.2009 sind die Fahrkarten zum Preis von 15,00 Euro in der Geschäftsstelle zu den Öffnungszeiten oder über Marianne Böttcher erhältlich.

Kartenvorbestellungen über: organisation@dielinke-halle.de; linkesblatt@dielinke-halle.de

oder telefonisch über 0345 2025590 oder 01775737799

Zu seiner ersten Sitzung fand sich der neu gewählte Landesvorstand am 17.11.2009 in (wie sollte es auch anders sein) Magdeburg zusammen. Neben dem Termin- und Themenplan (bis Juni wird tatsächlich eine ganze Landesvorstandssitzung in Halle sein) wurden auch die Geschäftsordnung und andere Regularien beschlossen. Besonders interessant für unsere Leserinnen und Leser finden wir die regionalen und inhaltlichen Verantwortlichkeiten innerhalb des Landesvorstandes, die wir deshalb hier veröffentlichen.

I. Regionale Verantwortlichkeiten

- Region Altmark:** Mario Blasche, Claudia Bluhm, Jürgen Brunsch, Andreas Höppner
(KV Salzwedel, KV Stendal)
- Region Anhalt:** Frank Hoffmann, Jörg Schindler
(KV Wittenberg, KV Anhalt-Bitterfeld, SV Dessau-Roßlau)
- Region Magdeburg:** Birke Bull, Iris Gottschalk
(KV Börde, KV Jerichower Land, KV Salzlandkreis, SV Magdeburg)
- Region Harz:** Monika Hohmann, Angelika Klein, Harald Koch
(KV Harz, KV Mansfeld-Südharz)
- Region Südliches Sachsen-Anhalt:** Achim Bittrich, Henriette Quade, Uta Zillmann, Sandra Zwirnmann
(KV Saalekreis, KV Burgenlandkreis, SV Halle)

II. Inhaltliche Verantwortlichkeiten

- Strategie, Grundsatzfragen, Politische Bildung: **Matthias Höhn**
Birke Bull, Achim Bittrich, Angelika Klein, Henriette Quade
- Rechtsextremismus, Migrationspolitik: **Henriette Quade**
Jenny Schulz, Mario Blasche, Jörg Schindler
- Frieden und Internationale Politik: **Henriette Quade**
Jenny Schulz, Uta Zillmann, Angelika Klein
- Innen-, Kommunalpolitik: **Mario Blasche**
Claudia Bluhm, Frank Hoffmann, Harald Koch
- Wirtschafts-, Finanz-, Energie-, Umweltpolitik & Gewerkschaften: **Achim Bittrich**
Iris Gottschalk, Angelika Klein, Andreas Höppner, Uta Zillmann
- Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Sozialpolitik: **Birke Bull**
Frank Hoffmann, Henriette Quade, Monika Hohmann, Sandra Zwirnmann
- Parteireform, Struktur, Finanzen: **Achim Bittrich**
Corinna Pilatzki, Jenny Schulz, Jürgen Brunsch, Sandra Zwirnmann
- Jugendstrukturen, Jugendarbeit: **Matthias Höhn**
Claudia Bluhm

Nachsatz: Ich glaube nicht, dass die Kreistour des Landesvorstandes die vormalige paritätische Verteilung des Sitzungsortes des Landesvorstandes für den Norden und den Süden des Landes Sachsen-Anhalt ersetzen kann.

M. Böttcher